Annelie Buntenbach
Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

Statement

Köpfe gegen Kopfpauschale

Pressekonferenz
28.09.2010 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Michael Sommer hat schon angedeutet: die Koalition versucht seit Wochen zu verschleiern, was tatsächlich hinter Gesundheitsplänen steckt. In allen öffentlichen Äußerungen heißt es, es werde gar keine Kopfpauschale geben.

Die Koalition spricht von einer „ausgewogenen Reform“ und einer „Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge“ – angeblich sogar gerechter als heute, weil – angeblich – sozial ausgeglichen.

Dies ist eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit von CDU/CSU und FDP. Die Pläne von Minister Rösler sind in keiner Weise sozial oder gerecht.
Minister Rösler will an den bestehenden Ungerechtigkeiten festhalten. Die Versicherte müssten weiterhin 15 Milliarden Euro pro Jahr an Mehrbelastungen tragen – an dem Arbeitnehmer-Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten, der Praxisgebühr und den hohen Zuzahlungen will die Koalition nach den vorliegenden Plänen nichts ändern.

Minister Rösler will die Belastungen der 70 Mio. Versicherten künftig aber noch deutlich erhöhen – und den Arbeitgeberbeitrag bei 7,3 Prozentpunkten einfrieren. Das bedeutet: Alle Kosten der Zukunft gehen zu Lasten der Versicherten. Gerade angesichts der demographischen Entwicklung ist ein solcher Schritt – einen wesentlichen Teil der GKV-Finanzierung künftig abzukoppeln – aus unserer Sicht gesundheitspolitisches Harakiri.

Nach den Plänen der Koalition würden sich die Belastungen für die Versicherten verdoppeln, wenn die heutigen 50 Prozent der Arbeitgeberbeiträge künftig fehlen. Diese Mehrbelastungen sollen die Versicherten dann auch noch in Form von „einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen“ tragen.

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: http://www.dgb.de
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324

Das bedeutet, die Beitragsfinanzierung soll schleichend in Kopfpauschalen umgewandelt werden. Auch der angebliche Sozialausgleich ist pure Täuschung – ein wirklicher Ausgleich findet nicht statt. soll die offizielle Belastungsgrenze verdoppelt werden. ist diese Grenze gar keine Grenze: Die Koalitionspläne sehen vor, dass die pauschalen Zusatzbeiträge, die die Krankenkassen tatsächlich erheben sollen, nicht ausgeglichen werden. Ausgeglichen werden soll nur ein geschätzter Durchschnittswert, nicht aber die konkreten Pauschalen Zusatzbeiträge, die den Versicherten drohen.

Die Koalition will, dass die Kopfpauschale im Prinzip in unbegrenzter Höhe eingeführt werden kann.

Damit zeigt sich, wohin die Reise gehen soll.

Die solidarische Beitragsfinanzierung soll in Richtung Kopfpauschale abgewickelt werden.
Und das wäre der Anfang vom Ende der solidarischen Krankenversicherung. Es gibt also viel aufzuklären – und auch das werden wir jetzt verstärken.

Auch ich freue mich, dass uns die Parteien in unserem Bemühen für eine sozial gerechte Gesundheitsreform unterstützen wollen. Das gilt insbesondere für die Unterschriftenaktion des Bündnisses „Köpfe gegen Kopfpauschale“, die wir vor zwei Wochen gestartet haben. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich zu engagieren und an der Unterschriftenaktion zu beteiligen – gegen die Kopfpauschale und für eine gerechte Lastenverteilung.
Vielen Dank.